

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61

Verantwortliche/r:
Amt f. Stadtentwicklung u. Stadtplanung

Vorlagennummer:
610.3/001/2014

Grundsatzbeschluss zur Einleitung von städtebaulichen Untersuchungen im Bereich Hartmannstraße

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	22.07.2014	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Stadtrat	24.07.2014	Ö	Beschluss	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Quartier die erforderlichen Analysen und Studien zu erstellen, um die Voraussetzungen zur Aufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und ggf. zur Festlegung als Sanierungsgebiet zu schaffen.

II. Begründung

Im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ sollen städtebauliche Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung dieser Gebiete mit dem Ziel gefördert werden, die Wohnqualität sowie die Nutzungsvielfalt zu erhöhen, die Generationengerechtigkeit zu verbessern und zur Integration aller Bevölkerungsgruppen beizutragen.

Das dargestellte Quartier weist Anzeichen eines entsprechenden Förderbedarfs auf.

Die anstehenden Themen wie die Verbesserung der Wohnsituation im Bestand und des öffentlichen Raums, Möglichkeiten der Nachverdichtung, der besseren Integration von Flüchtlingen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen sowie die Verbesserung/Schaffung sozialer Infrastrukturen, wie z.B. geeigneter Orte der Begegnung im Quartier, sollen untersucht werden.

Die erforderlichen Haushaltsmittel zur externen Vergabe der erforderlichen Untersuchungen (max. 20.000 €) stehen unter IVP.-Nr. 547.400 (Kostenträger 54710061) bereit.

Anlagen: Karte Untersuchungsbereich an der Hartmannstraße

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 am 22.07.2014

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Quartier die erforderlichen Analysen und Studien zu erstellen, um die Voraussetzungen zur Aufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und ggf. zur Festlegung als Sanierungsgebiet zu schaffen.

mit 14 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Janik
Vorsitzende/r

gez. Weber
Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Stadtrat am 24.07.2014

Protokollvermerk:

Herr StR Pöhlmann beantragt, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Es soll erst mit den Anwohnern geredet werden.

Der Vorsitzende OBM Dr. Janik spricht gegen diesen Antrag. Das Thema wurde bereits umfassend öffentlich diskutiert. Ein Schreiben der Anwohner wird derzeit beantwortet. Im Rahmen der städtebaulichen Untersuchungen ist eine Bürgerbeteiligung zwingend erforderlich, die dann auch durchgeführt wird.

Der Antrag von Herrn StR Pöhlmann wird mit 2 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Weiterhin werden folgende Änderungsanträge der Erlanger Linke zur Abstimmung gestellt:

1. Es soll in den Beschlusstext aufgenommen werden, dass eine Handballhalle in unmittelbarer Nachbarschaft geplant ist.
Beschluss des Stadtrates: mit 2 gegen 47 Stimmen abgelehnt.
2. In die Antragsunterlagen soll aufgenommen werden, dass es im Umgriff ein bestehendes Begegnungszentrum gibt und direkt über die Straße ein weiteres Begegnungszentrum.
Beschluss des Stadtrates: mit 4 gegen 45 Stimmen abgelehnt.
3. Die Verwaltung möge in den Antragsunterlagen begründen, warum die bestehenden zwei Bürgertreffs keine geeigneten „Orte der Begegnung“ seien.
Beschluss des Stadtrates: mit 2 gegen 47 Stimmen abgelehnt.
4. Es soll in den Förderunterlagen das Ziel der Mitfinanzierung dieser bewussten Handballhalle genannt werden.
Beschluss des Stadtrates: mit 2 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag der Erlanger Linke wird im Protokoll festgehalten, dass Herr StR Pöhlmann und Herr StR Salzbrunn für die Änderungsanträge und gegen den Beschlussvorschlag gestimmt haben.

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Quartier die erforderlichen Analysen und Studien zu erstellen, um die Voraussetzungen zur Aufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und ggf. zur Festlegung als Sanierungsgebiet zu schaffen.

mit 47 gegen 2 Stimmen

gez. Dr. Janik
Vorsitzende/r

gez. Weber
Berichterstatter/in

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang